

Der Gesellschaft

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Wöchentliche Zeitung im Oberamtsbezirk — Nagold am 30. Juli 1920

Es wird kein Gewinn erzielt — Redaktionen: Nagold, Nagold, Nagold

Telegramm-Adresse: Gesellschaft Nagold
Postfach-Nr. 1112

Bezahlend 1920

Preis pro Nummer 2/-

94. Jahrgang

Nr. 175

Freitag den 30. Juli 1920

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Juli. Der Reichstag setzte heute die Beratung der Regierungserklärungen über die Verhandlungen in Spaa fort. Schließlich wurde der Antrag der Deutsch-Nationalen, der der Regierung das Bedauern über die Unterzeichnung ausspricht, abgelehnt, der Antrag der Mehrheitsparteien dagegen, der die Gründe der Regierung für ihr Verhalten in Spaa billigt, gegen die Stimmen der Deutsch-Nationalen und der Unabhängigen angenommen. Außerdem hatten die Unabhängigen einen Antrag auf sofortige Sozialisierung der Kohlenbetriebe eingebracht, der gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien abgelehnt wurde. Das Haus trat sodann in die Beratung der Interpellation der Mehrheitsparteien wegen der Abtretung des Weichseluferstreifens ein, in deren Verlauf sich der Minister des Reichs Dr. Simons dem einmütigen Protest aller Parteien anschloß und erklärte, es gebe nur eine Lösung, nämlich die Aneignung des gesamten Gebiets an das Deutsche Reich. Trotzdem habe der Oberste Rat die 50 Kilometerzone und die fünf Orte an der Weichsel als eine Art Brückenkopf Polen zugesprochen. Das ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und das Auswärtige Amt werde alles tun, um diese Vergewaltigung hintanzujagen.

Berlin, 28. Juli. Haus und Tribüne sind heute schwächer besetzt. Die Beratung des Ergebnisses der Verhandlungen in Spaa wird fortgesetzt. Stresemann (DDP): Von einem Erfolg in Spaa kann nicht gesprochen werden. Bedauerlich ist, daß die Friedensbedingungen noch immer nicht allgemein bekannt sind. Bedauerlich muß werden die Beifügung unserer Gegenseite. Wenn wir in Spaa nicht genügend vorbereitet eintraten, so trägt daran die Schuld die Vorgängerin der jetzigen Regierung. In Spaa sollten wir selbst mit Vorschlägen kommen können. Nach Ansicht aller Parteien ist der Friede von Versailles unersittlich. Er steht mit der Lausignyzone und dem Wilsonprogramm nicht im Einklang. Es ist unsere Pflicht, auf diesen Einflüssen hinzuwirken. Wenn Lloyd George Besorgnisse wegen des Bestehens der Regierung hegt, so darf er nicht das Instrument (Reichswehr) aus der Hand schlagen, die sie stützt. Herr Simons verdient Dank für sein Auftreten. Simons sah die Atmosphäre für eine wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich als noch nicht genügend geklärt an. Diese Ansicht wird von allen wahren Freunden einer deutsch-französischen Annäherung geteilt. In der Drohung der Besetzung des Ruhrgebietes sehen wir keinen bloßen bluff. Die Kohlenfrage hängt allein von Oberschlesien ab. Ein Deutschland ohne Oberschlesien kann den Vertrag von Versailles nicht erfüllen. Wenn sich unsere Delegierten bezüglich Schlesiens auf das Wort des Gegners verlassen haben, so darf man ihnen deshalb nicht den Vorwurf mangelnder nationaler Würde machen. Der Minister des Auswärtigen bitte ich, bei seinen Reden nicht lediglich auf die Psychologie des Auslands zu denken. Ich bedauere, daß es nicht möglich war, die Kohlenfrage in die Verhandlungen einzuführen. Der Krieg ist durch die Mitschuld aller Völker hervorgerufen. Der preussische Militarismus hat keine größere Schuld, als derjenige anderer Nationen. In der Forderung der Kohlenfrage ist doch etwas zu viel einschuldig worden. Zur Verständigung zwischen uns und Frankreich muß die einseitige Begünstigung Polens zum Nachteil Deutschlands aufhören. Auch der französische Besatz in Mählen gehört dieser. Aber hinter allem steht die Angst vor Preußen, das jetzt genau so demokratisch ist, wie alle übrigen deutschen Staaten. In Süddeutschland möchte man nicht vergessen, was man diesem Preußen schuldig ist. Was die rote Brücke angeht, welche der Bolschewismus über Polen schlagen will, so bin ich der Ansicht, daß der Bolschewismus nicht weiter ist als ein verkappter Imperialismus. Er will sich über einen größeren Länderkomplex ausdehnen, um seine Lebenskraft zu erweitern. Wenn Herr Reichsminister so energisch für Rußland eintritt, so hat er das Recht, sich über nationale Begeisterung andersdenkender zu entziehen. (Zustimmung, Proteste, großer Lärm.) Ueber Leistungen des Bolschewismus ist mir nichts bekannt geworden. Aus bolschewistischen Zeitungen geht hervor, daß nur Armut und Hunger herrschen. Wir wollen den russischen Staat als Macht anerkennen, werden uns aber gegen seine Propaganda auflehnen. Wenn ich auch in einzelnen Punkten mit Minister Simons nicht übereinstimme, so besitze ich doch im Großen und Ganzen mein Vertrauen und meine Partei wird die Regierung nach wie vor unterstützen.

Faumann (DDP): Wenn die erzwungene Herabsetzung der Reichswehr nicht einem einmütigen Protest begegnet, so liegt das daran, daß zahlreiche Vorkommnisse der letzten Zeit Anlaß gegeben haben, im Auslande Mißtrauen zu erwecken, und im Inlande Kezger und Schwere Bühen zu veranstalten. Was in allem verstehe ich die Stellungnahme der Delegation in Spaa. Wegen der Unterzeichnung kann ihr kein Vorwurf gemacht werden. Mit dem Minister Simons bin ich durchaus einverstanden und bedaure es, daß die Rechte dieses Sachministers in dieser Form überholt sind. Schumacher (DDB): Der Außenminister hat sich in Spaa nicht geschickt benommen. Trotz aller Courtisane war in Spaa nicht mehr zu erreichen. Ich gebe aber zu, daß die Zustände in Spaa das Maß dessen überschritten, was wir

leisten können. Speziell Bayern wird unter dem Kohlenabkommen sehr zu leiden haben. In der Angelegenheit des französischen Besatzes hat sich die bayerische Regierung korrekt und dem Reichsgedanken treu erwiesen. Die bayerische Einwohnerwehr trägt absolut keinen militärischen Charakter.

Frau Zettin (Kon.) begrüßt die Erfolge der bolschewistischen Armee gegen das imperialistische Polen und ruft Kommunisten und Sozialisten der Welt zur dritten Internationalen auf, um im Sinne der Weltrevolution Kapitalismus und Imperialismus zu stürzen. Müller-Frank (Soz.): Stresemann habe von der demokratischen Frage gesprochen. Das Ausland merke nur noch nicht viel davon, wohl aber von der immer noch recht lebendigen großpreussischen Schnauze. (Lärm rechts) Die optimistische Auffassung des Ministers Simons über die Zustände in Rußland könne er nicht teilen. Seine Forderung werde dem Reichsversand zugestimmt im Sinne der Herbeiführung der allgemeinen Mitarbeit und der Erfüllung der Friedensbedingungen. Auf die Weltrevolution könne der deutsche Arbeiter nicht warten, inzwischen werde er vorhungern. Lant Sande (USP): Der Weg zum Erfolg meiner Partei geht über die Enttarnung des deutschen Imperialismus. Die Zukunft gehört der Arbeiterklasse. Alle kapitalistischen Experimente und Versuche, die Welt auszuholen, haben keinen Zweck, ebensowenig der Völkerverbund. Sie verlangen die Sozialisierung der Kohlenbetriebe und schließen mit einer Begrüßung an den Bolschewismus.

Hergt (DN) wendet sich gegen die Verwahrung des Reichskanzlers wegen des Vorwurfs der Verletzung der nationalen Würde und der Enttarnung der erforderlichen Festigkeit. Auch seine Partei sei sich des Ernstes der Situation bewußt gewesen, aber die Delegation sei gewissermaßen schon nach Spaa gegangen und habe sich rasch abgelehnt. Man habe eben nur unter dem Eindruck der Bajonnette gehandelt. Aber warum sei man auf diese Gefahr des Einmarsches nicht vorbereitet gewesen, denn wenigstens die Minister aus dem alten Kabinett müßten es wissen. (Proteste, großer Lärm.) Aber es wurde nicht untergeordnet, sondern im Falle des Einmarsches ein Rechtsbruch vorlag, der uns in den Augen der Welt zugrunde gekommen wäre. Jedenfalls ist die Unterzeichnung keine nationale Tat gewesen und nur eine solche werde im Volke die erforderliche Begeisterung wecken können. Von einem Mißtrauen gegen die Regierung könne keine Rede sein, denn nach außen hin müßten die Deutschen alle einig sein. Aber die Verfassungsmäßigkeit des Reichskanzlers könne er und seine Partei nicht teilen. Genf und die Lösung der Ostfrage hängen noch bevor. Daher müßten wir der Regierung heute den Rücken stärken.

Minister Dr. Simons: Der Abg. Hergt hat uns nicht den Rücken gestärkt; er ist uns in den Rücken gefallen. Wir haben die Verschlechterung der Friedensbedingungen nicht angenommen, sondern wir haben dagegen angekämpft. Gegenüber den Abgg. Stresemann und Müller-Frank stelle der Minister seine Ausführungen über den Bolschewismus richtig. Auch aus der Höhe würden neue Reime aufspringen. Gegenüber der Entente stehe er auf dem Standpunkt, daß wir uns bemühen müssen, den Forderungen nachzukommen. Rußland gegenüber müssen wir die Verhältnisse nehmen wie sie sind. Schoch (DDB) spricht seine Freude über die verfassungsmäßige Haltung der bayerischen Regierung in der Gefandtenreise aus. Alle Trennungsgelüste des Herrn Millerand würden keinen Erfolg haben. Der Ton der französischen Streifenklänge, die über den Rhein kommen, kennen wir schon vom Kriege her, wo Frankreich immer wieder versicherte, es wolle uns von der preussischen Degenonomie befreien. Preußen hat Bayern aus dem Rheinland befreit. Doch ihm die Forderung gebührt erkennen wir gerne an. Die Gefallenen Bayerns würden sich im Grabe aufbegehren, wenn sie hörten, daß sie ihr Blut für einen neuen Rheinbund vergossen haben. Das Reich muß uns doch helfen!

Der Antrag der Deutsch-Nationalen, der der Regierung das Bedauern über ihre Unterzeichnung ausspricht, wird abgelehnt. Der Antrag der Mehrheitsparteien, der die Gründe der Regierung für ihr Verhalten in Spaa billigt, wird gegen die Deutsch-Nationalen und die Unabhängigen angenommen. Außerdem haben die Unabhängigen einen Antrag auf sofortige Sozialisierung der Kohlenbetriebe eingebracht. Minister Dr. Simons findet den Antrag, so sympathisch er der Regierung sei, zur Zeit für undurchführbar, da er in die Abmachungen mit der Entente störend eingreife. Der Antrag wird abgelehnt. Zu der Anfrage der Reichsparteien wegen der Abtretung des Weichseluferstreifens erklärte Minister Dr. Simons: Es gibt nur eine Lösung, nämlich die Aneignung des gesamten Gebiets an das Deutsche Reich. Trotzdem hat der Oberste Rat die 50 Kilometerzone und die fünf Orte als eine Art Brückenkopf Polen zugesprochen. Der Beschluß verstößt gegen das Völkerrecht. Das Auswärtige Amt hat alles nur Mögliche getan, um diese Vergewaltigung hintanzujagen. Er erwidert schon jetzt Protest gegen diese Verletzung des Völkerrechts.

Schulz-Bromberg (DN) bedauert, daß man erst in so später Stunde zu dem erforderlichen Protest gegen die Vergewaltigung komme. Hände weg vom Weichselufer! die Lösung sein. Die Regierung müsse hier eingreifen und der Entente klar machen: Hier gibt es kein Diktat. Pohlmann (Dem.) gibt ebenfalls ein Trauergebet für Westpreußen zum Reich und bittet das hohe Haus, in diesem Fall wenigstens Einmütigkeit zu bekunden. Ledebor (USP) schließt sich dem Protest ebenfalls an. Morgens nachmittags 1 Uhr: Zweite Beratung des Entwurfs über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und zweite Lesung des Reichsnotengesetz. — Schluß 8 1/2 Uhr.

Tages-Neuigkeiten.

Die Kriegsgefahr für Ostpreußen.

Königsberg, 29. Juli. Wie die „Königsberg. Allg. Ztg.“ meldet, machte in einer Besprechung, zu der Vertreter der politischen Parteien, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der Presse vom Wehrtruppenkommando geladen waren, der Chef des Stabes Mitteilungen über den Stand der Dinge an der ostpreussischen Grenze. Der rechte Flügel der russischen Nordarmee steht auf der Höhe von Grajewo. Die Kanee ist in der vorderen Linie (Grodno bis Stetin) zwei Infanterie- und vier Kavalleriedivisionen stark. Dahinter stehen in Höhe von Wilna noch sechs Divisionen. Dazu ist zu bemerken, daß die russische Infanteriedivision 5000—6000, die Kavalleriedivision 2000 Mann stark ist. Alles in allem kann geschätzt werden, daß vor Ostpreußen etwa 65 000 Russen stehen. Daß die Russen mit so geringen Kräften solche Erfolge erzielen konnten, ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß sie vor der Front geschickt propagandistisch tätig sind und die Bandenbildung begünstigen. Vorausgesetzt, daß die Kämpfe fort-dauern, ist damit zu rechnen, daß die Russen versuchen werden, über ostpreussisches Gebiet einzubringen, um die Polen zu umgehen. Unsere Infanterie steht bei Kofenkau. Die Kavallerie ist hinter der Grenze so verteilt, daß sie an etwa bedrohten Punkten leicht eingesetzt werden kann. Zu wünschen ist, daß die deutsche Note, in der die Genehmigung zum Einmarsch in das Abstimmungsgebiet und zur Bildung von freiwilligen Ortswehren nachgefragt wird, bald zustimmend beantwortet wird. Im Anschluß hieran verspricht der Wehrtruppenkommandant den Ausnahmezustand gerech und milde zu handhaben.

Die Londoner Konferenz.

Paris, 29. Juli. Nach einer Meldung des „Journal“ aus London wird berichtet, daß sich die französische Regierung völlig freie Hand vorbehalten habe, an der Konferenz mit Sowjetrußland in London teilzunehmen oder nicht. London, 29. Juli. Es verlautet, daß gleichzeitig mit der Abendung der Note an Rußland eine Einladung an die russischen Randstaaten wegen ihrer Teilnahme an der Londoner Konferenz gerichtet worden ist. Wenn auch die Antwortnote der Sowjetregierung die Randstaaten unermahnt läßt, bleibt die Einladung doch in Kraft. Washington, 29. Juli. Reuters meldet: Das Staatsdepartement erhielt keine amtliche Mitteilung über den Vorschlag zur Abhaltung einer Konferenz zwischen Rußland und den Alliierten in London. Es scheint indessen sicher, daß, wenn nicht dringendere Gründe als gegenwärtig vorliegen sollten, die Vereinigten Staaten es nicht sehr eilig haben würden, gegebenenfalls eine Einladung zur Konferenz anzunehmen.

Das engl. Protektorat über Deutsch-Ostafrika.

Nach Abschluß der in London zwischen der britischen und belgischen Regierung stattgefundenen Verhandlungen über Deutsch-Ostafrika ist jetzt die Annexion Ostafrikas durch ein königliches Dekret erfolgt. London, 29. Juli. Ein Regierungsdekret bestimmt die Errichtung des königlichen Protektorats über ganz Ostafrika ausgenommen Sansibar, welches ein Teil der Domination des Sultans von Sansibar ist. Dieses neue Gebiet trägt den Namen Kolonie von Kenia. Das Dekret bestimmt, daß die Einverleibung am 23. Juli in Kraft tritt.

Die Einigung über Balona in Rom nicht anerkannt.

Die auf den Besitz von Balona verzichtenden Abmachungen Miottis mit den Albanern finden nicht den Beifall der Regierung in Rom. Rom, 29. Juli. Wie man vernimmt, ist Baron Miotti endgültig nach Rom zurückberufen worden, weil er keine Lösungen für die Verhandlungen mit den Albanern vorgeschlagen hat. Er wird in Balona durch den Grafen Mangoul ersetzt werden, der die Verhandlungen auf neuer Grundlage wieder aufnimmt.

Rußland nimmt die Einladung zur Friedenskonferenz an.

London, 29. Juli. Im Unterhause teilte Lloyd George mit, daß die russische Räteverwaltung der englischen Regierung die telegraphische Mitteilung zugehen ließ, daß sie die Einladung zu einer Friedenskonferenz in London annahme. Die Räteverwaltung hat auch dem englischen Vorschlag, wonach Vertreter der alliierten Mächte an den Friedensbesprechungen zwischen Rußland und Polen teilnehmen sollten, zugestimmt. Die englische Regierung hat sich demgemäß mit den Alliierten in Verbindung gesetzt. Lloyd George betonte in seinen weiteren Ausführungen, daß die englische Regierung jetzt, nach

dem Rußland in Waffenstillstandsverhandlungen eingewilligt habe, alle Bedenken gegen die Zulassung der russischen Handelsdelegation in England habe fallen lassen.

Allenstein und Marienwerder deutsch.

Paris, 29. Juli. Die Botschafterkonferenz leitete auf Grund der Volksabstimmung in den Bezirken Allenstein und Marienwerder diese Gebiete Deutschland zu. Die Grenzfestsetzung soll so erfolgen, daß Polen die Kontrolle über das rechte Weichselufer gemäß dem Verfallener Vertrag erhält.

Anklagen der Bolschewisten gegen die Polen.

Hamburg, 29. Juli. Die „Hamb. Nacht“ meldet aus Kopenhagen: Nach einem Telegramm aus Helsingfors hat die Sowjetregierung an die Alliierten eine Note gerichtet, worin sie gleichzeitig mit der Erklärung, daß sie bereit sei, an einer Friedenskonferenz in London teilzunehmen, eine Reihe Beschuldigungen gegen Polen wegen begangener Grausamkeiten richtet. Sie beschuldigt die Polen, daß sie unnötig Städte und Dörfer verwüstet haben. Rußland verlangt, daß Polen für diese Grausamkeiten in entsprechender Weise bestraft werde.

Der Siegeszug der Bolschewisten.

Während die Sowjetregierung den englischen und polnischen Willen zum Abschluß eines Waffenstillstandes äußerlich entgegenkommt, wird an der polnisch-russischen Front weitergekämpft und es steht unabweislich fest, daß die Führung der roten Armee den Wunsch hegt, den Zeitraum ungehemmter Kriegshandlungen zu verlängern, ein Umstand, der daran zweifeln läßt, daß selbst der Beginn der Verhandlungen über den Waffenstillstand die Waffenruhe einschließen wird. Den Bedingungen dieses Waffenstillstandes sieht man in Warschau mit den schlimmsten Erwartungen entgegen, denen das „Journal de Boulogne“ Ausdruck gibt, wenn es voraussetzt, die Sowjets würden außer militärischen auch politische Garantien fordern, d. h. Maßnahmen für die Errichtung der roten Republik. Die französischen Organe verlangen dringlich, daß Polen fest bleibe und verweisen auf die Entente-Hilfe, im Zusammenhang mit der seit Sonntag in Warschau weilenden Sondermission der Entente, bestehend aus dem früheren franz. Botschafter in Amerika, Jufferand, General Begnaud, dem Stabschef Foch, dem englischen Botschafter in Berlin, d'Abernon und General Rastolle. Die Konferenzen der Mission mit der Regierung und den Militärs sind streng geheim. Im Gegensatz dazu lacht England den Frieden zwischen Rußland und Polen mit allen Mitteln zu fördern. Es hat andere Interessen als Frankreich und möchte vor allem seine eigenen Verhandlungen mit Moskau fortführen. Aber gerade dieser Widerstreit zwischen den beiden Mächten bringt das stärkste Moment der Unsicherheit in die politischen Berechnungen, die sich an die Waffenstillstandsverhandlungen knüpfen. Es wäre für Polen sowohl wie für Europa und die Welt zu begrüßen, wenn die Waffen zum Schweigen kämen. Aber man müßte allzuweh Optimist sein, jetzt schon den Waffenstillstand u. den Frieden als eine in naher Aussicht stehende Tatsache zu betrachten.

Die russischen Friedensbedingungen.

Rüdingberg, 29. Juli. In Warschau kurzesten über die Friedensbedingungen der Russen die wildesten Gerüchte. Man spricht von unersättlichen Gobiets-Verpflichtungen, die den Polen auferlegt werden sollen. Andererseits verlautet, daß die Sowjetregierung erklärt haben soll, an einen Frieden mit Polen wäre nur dann zu denken, wenn das polnische Proletariat die Herrschaft an sich reißt und wenn Polen eine Sowjetrepublik werden würde. Auf jeden Fall ist die Lage völlig ungeklärt und die polnischen Hoffnungen auf einen schnellen Waffenstillstand haben sich bislang nicht erfüllt. Der Kampf geht weiter. Gleichzeitig kommen über die polnisch-deutsche Grenze aussergewöhnliche Meldungen

Erntezeit.

Durch das Feld bin ich geschritten heißer Abendglut entgegen, sah, die heut das Korn geschnitten, Garben auf die Wagen legen.

Um die Kosteln in den Armen, um den Schnitter und die Garbe — froh der Abendglut, der warmen, wunderbaren Goldesfarbe.

Auch des Tages letzte Blinde, auch der Fleisch der Feiertage — war umflammt von heiliger Würde, stand auf schimmernd goldnem Grunde. C. F. Mepp.

Gepriesen sei mein Herr durch unsere Mutter, die Erde, die uns ernährt und trägt und mannigfache Freilechte erzeugt und bunte Blumen und Kräuter. F. v. Aiffisi.

„Gott Lob und Preis! Gott Lob und Preis!“

Das ist der Wochtel Lehr

Die Felder sind zur Ernte weih.

Weht unsreim Gott die Ehr!

Für jede Garbe: Gott sei Dank!

Die unter erter Sichel sank!“ H. Stöber.

— Die Kunst, jeden Tag glücklich zu sein. Ja, wer die Kunst, denkt du! Freilich, ich verstehe sie auch nicht ganz, aber etwas davon habe ich in Erfahrung gebracht. Probier's einmal, ob's hilft. Also: Nimm dir jeden Tag vor, heute jedermann zu erfreuen und soviel du kannst, glücklich zu machen. Gehe dann an deine Arbeit und tue deine Pflicht. Du wirst froh und heiter dabei sein, denn ein rechtschaffener Gedanke macht froh. Suche sodann deinen Vorgesetzten auszuführen, wo sich die Gelegenheit dazu bietet. Du wirst nicht lange darauf zu warten haben. Es braucht nichts Großes zu sein, was du dem andern schenken oder bereiten, nur es nur mit freundlichem Blick und Gedanken, und es wird gut sein. Doppelt glücklich aber wirst du sein, wenn dein Nebenmann den gleichen Vorgesetzten gefast hat wie du, und er sendet dir nun unterdessen etwas freundliches in dein Haus oder Herz. Das ist die schönste geheime Verbindung der Menschen, wenn jeder darauf denkt, die kurze Lebenszeit, die er hier neben dem andern zubringt, diesem, soviel er vermag, mit allem Guten und Schönen auszufüllen. Und höher steigt die Liebe, wenn man darauf denkt, etwas zu tun, was dem Allgemeinen, der Gemeinde, dem Staate,

über eine Revolution in Polen. Alle Posten an der deutschen Grenze sind nach Polen zurückgezogen worden. Direkte Meldungen aus Polen fehlen.

Belagerungsstaat in der Tschechoslowakei.

Prag, 29. Juli. Die „Tschechische Presse“ aus Prag meldet, daß die Regierung über 13 tschechisch-slowakische Bezirke den Belagerungsstaat verhängt wegen fortgesetzter Grabschändungen, Sabotage und planmäßiger Verwüstung der Grenzgebiete durch ausländische Arbeiter.

Nordpersien unter bolschewistischer Herrschaft.

London, 29. Juli. Die „Times“ meldet aus Karstantopol, daß Herbrichschan sich jetzt vollständig unter bolschewistischer Herrschaft befindet. Von den sechs Oberkommissaren, die das Land jetzt regieren, seien zwei Russen, zwei Georgier und nur die beiden am wenigsten einflussreichen Tatarer. Das Herr besitze beinahe ausschließlich aus Russen, u zwar meist aus russischen Teilen der früheren Arachan-Armee, sowie der 20. bolschewistischen Division.

Elßa-lothringischer Gegensatz.

Strasbourg, 28. Juli. Die Straßburger Blätter berichten, daß aus verschiedenen Teilen Lothringens immer lauter die Parole ertönt: Los von Elßa! Einflußreiche Politiker streben die Trennung Lothringens von Elßa an. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Lothringer fordern, daß sie nicht von Straßburg, sondern von Metz bzw. von Paris aus verwaltet werden.

Erhöhung der Gütertarife.

Berlin, 29. Juli. Die Erhöhung der Gütertarife wird voraussichtlich am 1. Oktober in Kraft treten. Die Tarife werden um etwa 30—50% erhöht werden.

Straferlass für den Rapp-Busch.

Berlin, 29. Juli. Wie verlautet, finden zurzeit Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Parteien statt über eine Amnestie für die am Rapp-Busch und der durch die Abwehr des Rapp-Busch hervorgebrachten Bewegung im Ruhrgebiet beteiligten Personen. Diese Amnestie soll sich nur auf diejenigen erstrecken, die keine führende Rolle gespielt haben. Ferner kommt sie nur für die politischen Vergehen, nicht aber für gemeine Verbrechen in Frage. In parlamentarischen Kreisen legt man Wert darauf, daß das Amnestiegesetz möglichst noch in dem laufenden kurzen Tagungsabschnitt fertiggestellt wird. Ob das möglich sein wird, steht dahin. Unentschieden ist noch, ob die Regierung sich zur Einbringung eines Amnestiegesetzes entscheidet oder ob die Parteien die Initiative zu einem Gesetzesantrag ergreifen werden.

Streik der Landarbeiter.

Braunschweig, 29. Juli. Im Reife Weizenfeldern sind die Landarbeiter in den Streik getreten. Wie die „Braunschweigischen Nachrichten“ berichten, liegen bis jetzt Meldungen aus etwa 20 Ortschaften über den Ausbruch des Streiks vor. Die Ausdehnung des Streiks auf die Landkreise Braunschweig und Helmstedt ist nicht unwahrscheinlich.

Ein Übergriff italienischer Offiziere.

Marienburg, 29. Juli. Folgender Vorfall spielte sich gestern in der Marienburger „Kasernenstraße“ ab: Nachdem die Zeitung am Tage vorher das Verhalten einer Marienburger Beamtenochter, die sich mit italienischen Offizieren in einer Nebengasse, in der der hintere Ausgang der Zeitungsredaktion liegt, Kundgebung gab, gefasste, erschienen gestern nachmittags mehrere italienische Offiziere mit Hund und Reitpferden. Der Verleger wurde aufgefordert, die Gelegenheit zu widerrufen. Die Offiziere äußerten, die Zeitung hätte ihre Freundin beleidigt, und sie beschimpften die Marien-

der Nation, der Menschheit zugute kommt. Dieser Gedanke gibt jedem Menschen, so klein und beschränkt auch sein Leben sei, eine innere Würde und Höhe, eine Mächtigkeits, die über alle kleinen Plagen, über alle Trennungen hinaushebt, die den Menschen mit sich und der Welt einig macht — durch die Liebe. Auerbach.

Ein interessanter Banknotenschwindel mit der Tausendmarkmaschine.

erregte vor nicht geraumer Zeit großes Aufsehen in Berlin: Ein Hochstapler, der zweifellos schon seit Jahren Leute aus dem Publikum um erhebliche Summen betrogen hat, ohne daß die Betrogenen gewagt haben, Anzeige zu erstatten, ist durch die Reichsbankfalschgelddteilung jetzt in der Person des aus Lodz stammenden Kaufmanns Moriz Kamlut festgenommen worden. Er behauptete, eine neue Maschine erfunden zu haben, mit der er Banknoten täuschend genau vervielfältigen könne. In Berlin wagte er sich jetzt sogar an einen Ingenieur heran. Er zeigte dem Ingenieur, wie er aus 2 Tausendmarkscheinen 3 Tausendmarksheine mache. Zunächst bereitete er ein Bad, bestrich dann die beiden Tausendmarksheine mit der Flüssigkeit, ebenso ein Stück präpariertes Papier, das er dazwischen legte. Mit Lötlappier bedeckte er die Scheine dann in ein luftundurchlässiges Fettpapier, das er mit Papierstreifen vollständig verklebte, und warf das Paket in seine Maschine. Diese Maschine bestand aus einem vierreihigen schwarzen, innen mit schwarzem Samt bezogenen Stahlblechkasten, den er mit einer Stahlhaube bedeckte. In dem Kasten begann unter lebhafter Funkenbildung ein Rotor zu rattern. Pflöcklich stoppte der Rotor ab, Kamlut nahm das Paket aus der Maschine, brachte es unter eine Holzpresse und ließ die Maschine dann wegschaffen. Der Ingenieur hatte sich vorher davon überzeugen können, daß der Kasten leer war und eine Vertauschung mit einem anderen Paket aus der Presse nicht stattgefunden hatte. Nach 40 Minuten nahm Kamlut das Paket aus der Presse, öffnete es und zeigte, daß es jetzt 3 Tausendmarksheine, die noch ganz feucht waren, enthielt. Nach Kamluts Erklärung hatte das Verfahren nur den einen Nachteil, daß man die Originalbanknoten immer nur einmal verwenden könne,

burger Frauen und Mädchen. Als der Betrieger sich diese Beleidigungen und das Verhalten der Offiziere verbat, fielen sie über ihn her und mißhandelten ihn mit Füßen u. Reitpferden. Tausend verschwand die Offiziere unbedeutend. Der Verleger mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Eine Kommission ist nach Marienwerder abgegriff. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Anarchie in Irland?

Rotterdam, 29. Juli. Nach Meldungen aus London befindet sich ganz Irland in einem Zustande völliger Anarchie. Die Macht der englischen Regierung hat bereits aufgehört über einen großen Teil der Insel zu bestehen. Es wurde von Regierungsseite zugesagt, daß in drei Viertel von Irland die Republik errichtet ist. Tag für Tag erklären die verschiedenen Gesellschaften ihren Anschluß an die „Irische Republik“ und verweigern den Gehorsam gegenüber den englischen Befehlen.

Boulogner Beschlüsse.

Boulogne-sur-Mer, 28. Juli. Ueber die Zusammenkunft Lord Georges mit Miliand in Boulogne telegraphiert der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur, was die von der Sowjetregierung verlangte Internationale Konferenz anlangt, so werde die britische Regierung im Einverständnis mit der französischen Föderation antworten, daß die Konferenz nur dann zusammenzutreten könne, wenn die Bolschewisten im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung damit einverstanden seien, daß Polens Schicksal dabei besprochen werde. Wenn die Moskauer Regierung diesen Vorschlag annehme, werde Miliand über die weitere Behandlung dieser Angelegenheit befragt werden und die Bedingungen stellen, die er für notwendig erachte, um die Sowjetregierung anzuerkennen. Alle qualifizierten Vertreter Rußlands und der Randstaaten sollen an der Konferenz teilnehmen. Lord Georges habe sich dieser Ansicht angeschlossen und die Verhandlungen mit den Bolschewisten aufgehoben. Polen könne aber hoffen, in unmittelbaren Verhandlungen mit Rußland nicht erdrückt zu werden. Eine weitere wichtige Entscheidung in der Frage der Inkraftsetzung des finanziellen Teiles des Abkommens von Spa über die Rohstoffeinfuhr Deutschlands ist auf die Aetzung des französischen Finanzministers Marx hin getroffen worden. Die Wiederherstellungskommission wird beauftragt werden, die Ausführung des Abkommens in jeder Hinsicht zu überwachen, bescheiden die von den in Betracht kommenden Mächten zu gewöhnlichen Vorläufigen. Deutschland soll am 1. September der Wiederherstellungskommission Schatzscheine im Werte von 60 Millionen Goldmark mit dem Verfalltag vom 1. Mai 1921 und einem jährlichen Zinssatz von 6 Prozent übergeben. Nach dem 1. Jan. 1920, je nach den erforderlichen Rohstofflieferungen, werde Deutschland ähnliche Schatzscheine nach Maßgabe der Vorschläge ausgeben. Die Vorschläge werden den Verlegeren angepaßt werden. Die Wiederherstellungskommission kann sich diesen Schatzscheinen entsprechende Beträge durch Verkauf oder Pfandschließung mit oder ohne Judoformant an die internationalen Mächte beschaffen. Um den Betrag der zu gewöhnlichen Vorschläge rückerhaltigen, kann die Kommission provisorisch die an Deutschland zu gewöhnlichen Vorschläge unter Hinweis auf spätere Bemerkung auf 40 Goldmark pro Tonne festsetzen. Auf diese Art würde sich der französische Schatz von dem Deutschland auf Grund des Abkommens zu gewöhnlichen Vorschläge durch eine einfache Bankoperation auf die freie Ware freimachen. Die französischen Kreise sind von dieser Lösung sehr begeistert, die den von den französischen Vertretern vorgebrachten Wünschen entspricht.

Warum Italien nicht vertreten war.

Rom, 28. Juli. Eine offizielle Note der „Tribuna“ erklärt, Italien sei darum auf der Konferenz von Boulogne weshalb der Ingenieur 200 Tausendmarksheine bezorgen sollte. Der Ingenieur hielt es jedoch für geraten, die Reichsbankfalschgelddteilung zu Rate zu ziehen. Er war allerdings vollkommen davon überzeugt, daß Kamlut mit seiner Maschine falsches Geld herstellen konnte. Als Kriminalkommissar v. Liebermann Kamlut in der Wohnung des Ingenieurs bei einer neuen Vorführung festnahm, war das Geheimnis der Tausendmarksheinmaschine bald gelöst. In der Haube der Maschine lag auf einem mit schwarzem Sammet bespannten Brett vor dem genauen Größe des Kastenbodens der Maschine ein von Kamlut zu Hause vorbereitetes Paket. Wenn Kamlut den Motor in Tätigkeit setzte, löste er durch eine Mechanik das Brett, so daß es in den Kasten hineinsiel und den Sammetboden bedeckte. Dem Betrüger sind schon eine ganze Reihe Leichtgläubiger ins Garn gegangen. Bis jetzt haben sich vier Leute gemeldet, denen allein 263 000 M abgenommen wurden. Drei von ihnen sind Pferdehändler. Der eine gab 85 000 M her und erhielt aus dem Kasten ein dickes, noch feuchtes Paket mit der Weisung, es nicht vor Ablauf von 12 Stunden zu öffnen. Das Paket war abends fertig geworden, und die hochgespannte Erwartung ließ ihn nicht schlafen. Beim Morgenrauen öffnete er die Hülle sehr behutsam und fand darin — Papierschnitzel. Einem zweiten Pferdehändler näherte sich ein junger Mann unter dem Namen Graf Vorholt aus der Schweiz und wollte ihm Pferde verkaufen; dann kam der Graf mit einem anderen Vorschlag, mit der Verwießelung von Tausendmarksheinen. Dazu gab der Pferdehändler 10 000 M her; in einer Schankwirtschaft wurde die Maschine aufgestellt; da kam noch ein Pferdehändler hinzu, der gleich 30 000 M zur Verwießelung auf den Tisch legte. Der „Fabrikant“ legte die 40 Tausendmarksheine zusammen und ließ die Maschine laufen. Dann erhielten die beiden Händler das gemeinsame „Fabrikat“ mit der Weisung, es erst nach 2 Stunden zu öffnen. Nach 2 Stunden hatten sich auch diese Banknoten in Papierschnitzel verwandelt. Dem 4. Kunden, der 113 000 M einsetzte, erging es nicht besser. In allen diesen Fällen war nicht Kamlut der Schwindler, sondern ein junger Mann, der entweder sein Helfershelfer ist, oder nach seinem System auf eigene Faust arbeitete.

nicht vertretene bereits in S sein. Es ha Milbrand un werde. Dazu Vertreter zu

Durch Bauamtsverf Bauwertmeiß

* Das Zeit haben Militärpfer dieselben Die Paulowit sigen Grund Ernte zurück die Maul- wülbigen wi die unbedingt erhalten, wen nicht mehr in zu überlassen Organisation im eigenen Entleeren v etwaiger Akk darauf hinger überanstrengt Klagen der T einlaufen

ep. B au flären, 3 schlagen, au schlagen tot. aute Soche Gutes haben del' tolgesh dem Krieg z nicht bloß ta dern viel mö die Verändr len aufst es jetzt. Be Schlagworten 'vaterlands bequam, der aufleben un nicht weiter namentlich a wenn es un hat, wird j braucht, um Zeitungssche und Partit mit seinen g recht leicht mehr darauf heil eintrere Worte, nicht

r Hort, Tochter ein zu dem Her sehr schwer abgenommen der linke fr wurde noch

* Ehtit eine neue O Unterbeamte beschloffen. Millionen

r. Ball Lebensmitte wiederholt e Fettpreise. 6 M . Feins famisches S schweinefch bedeutet be billigung u Gemeinberea Butterpreis ermäßig. in Wirklich Parmelabe noch vorteil Ausgabe ar

Dom: Maul- und Zusammenf Mitte Juli Sild Nim während 95 also ein Be gen Oberan

Ein S r Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

r. Stun hat Änregi Maul- und ingzwischen den sind u zu sein sch Maul- und trisch erka ist auch in bewahrt. der Suche geimpfen

nicht vertreten gewesen, weil Graf Storza und Lloyd George bereits in Spanien über die russische Frage einig geworden seien. Es handle sich jetzt allein darum, daß auch zwischen Millerand und Lloyd George eine Verständigung hergestellt werde. Dazu sei es aber nicht notwendig, daß auch italienische Vertreter zu der Boulogner Konferenz entsende.

Aus Stadt und Bezirk.

Rapold, den 30. Juli 1920.

Durch Entscheidung des Herrn Staatspräsidenten ist die Bauamtsvermeisterei bei dem Bezirksbauamt Calw dem Bauwerkmeister Marquardt in Altensteig übertragen worden.

Das Wehrkreiskommando V teilt mit: In letzter Zeit haben sich an verschiedenen Orten Landwirte, denen Militärpferde leihweise überlassen worden waren, geweigert, dieselben dem für jurisdiktionellen Transport zurückzugeben. Die Landwirte können überzeugt sein, daß ohne ganz dringenden Grund kein ausgeliehenes Pferd vor Beendigung der Leihfrist zurückgegeben wird, da die Militärbehörde den durch die Maul- und Klauenseuche erzeugten No Stand wohl zu wärigen wissen. Wenn aber die Militärverwaltung nicht die unbedingte Sicherheit besitzt, die Pferde sofort zurückzubekommen, wenn besondere Gründe dies erfordern, so ist sie nicht mehr in der Lage, Pferde leihweise der Landwirtschaft zu überlassen. Die Schultheißenräte, landwirtschaftlichen Organisations- und jeder einzelne Landwirt handeln dabei im eigenen Interesse der Landwirtschaft, wenn sie bei den Entleihern von Militärpferden auf die unbedingte Befolgung etwaiger Rückforderungen hinwirken. Es sei übrigens noch darauf hingewiesen, daß die Pferde von einzelnen Landwirten überanstrengt und schlecht gefüttert werden, so daß lebhaftest Klagen der Truppenteile beim Wehrkreiskommando darüber einlaufen.

Schlagworte.

ep. Worte sind da, um zu kennzeichnen, mitzuteilen, zu klären, zu überzeugen, abzuwehren, aber nicht um zu schlagen, am wenigsten um totzuschlagen. Schlagworte aber schlagen tot. Sie töten gute Gedanken; sie schlagen auf eine gute Sache oft so lange hinein, bis sie tot ist. Wie viel Gutes haben wir uns z. B. im Krieg mit dem Wort „Schwindel“ losgeschlagen. Bei vielen Dingen hieß alles, was mit dem Krieg zusammenhing, Schwindel. Damit haben wir nicht bloß tödlich vorhandenes Schwindel getroffen, sondern viel mehr noch wertvolle Kräfte, gute Einrichtungen, edle Persönlichkeiten, die unser Vertrauen hätten haben sollen anstatt Mißhandlung durch Schlagworte. Keuchlich ist es jetzt. Was kann man nicht alles totschlagen mit den Schlagworten der Revolutionszeit, als da sind „reaktionär“, „vaterlandslos“, „verjudet“, „pöblich“. Es ist freilich so bequem, den Dingen und Menschen eine solche Erläuterung anzulegen und sie damit zu „erledigen“. Man braucht dann nicht weiter zu denken; das Schlagwort löst die Gedanken, namentlich auch dessen, der es gebraucht. Jedes Wort, auch wenn es ursprünglich einen guten, klaren, berechtigten Sinn hat, wird zum Schlagwort, wenn man es gedankenlos gebraucht, um Unbequemes damit abzutun. Besonders der Zeitungsschreiber und Zeitungsjäger, der politische Redner und Parteimann muß sich vor Schlagworten hüten. Wer mit seinen Worten Kräfte und rasche Wirkung erzielen will, greift leicht zu Schlagworten. Es kommt aber doch wohl mehr darauf an, daß wir Gutes wüten und für die Wahrheit einreten; aufbauen und Leben schaffen sollen unsere Worte, nicht aber einreißend und totschlagen — als Schlagworte.

Aus dem übrigen Württemberg.

Horb, 29. Juli. Gestern Nachmittag ist die taubstumme Tochter eines hiesigen Geschäftsmannes am Bahnhöfchen zu dem Hensburger Weg unter eine Maschine gekommen und sehr schwer verletzt worden. Der rechte Fuß mußte ihr sofort abgenommen werden. Man glaubt, daß der rechte Arm u. der linke Fuß ebenfalls verloren sind. Die Bedauernswerte wurde nach Tübingen verbracht.

Söllingen, 28. Juli. Der Gemeinderat hat gestern eine neue Gebaltsregelung für die städtischen Beamten und Unterbeamten in Anlehnung an die staatliche Gebaltsordnung beschlossen. Der Mehrertrag der Stadt beträgt etwa 1/2 Millionen M.

Vödingen, 29. Juli. Die Preise für die vom städt. Lebensmittelamt verkauften Waren wurden in letzter Zeit wiederholt erheblich herabgesetzt. So neuerdings wieder die Fettpreise. Margarine ist jetzt für 6.50 M. Runkelhonig für 6 M. Feintalg für 8.50 M. Kofosett für 12.60 M. amerikanisches Schweinefleisch für 12.60 M. feinstes Inlandschweinefleisch für 13.50 M. das Pfund zu haben. Das bedeutet bei einzelnen Artikeln z. B. Margarine eine Verminderung um annähernd 50%. In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde der kürzlich auf 12.50 M. herabgesetzte Butterpreis nochmals und zwar auf 12.20 M. für das Pfund erniedrigt. Die bei der Bevölkerung so unbeliebt gewordenen, in Wirklichkeit in letzter Zeit gar nicht einmal so schlechter Marmelade, ist von der Stadtverwaltung verhältnismäßig noch vorteilhaft an den Mann gebracht worden, so daß eine Ausgabe an die hiesigen Verbraucher nicht mehr erfolgen wird.

Vom O. Gerabronn, 28. Juli. Welche Verluste die Maul- und Klauenseuche herbeigeführt hat, zeigt folgende Zusammenstellung. Allein im Oberamt Gerabronn sind bis Mitte Juli an der Seuche gefallen 947 Stück Großvieh, 742 Stück Jungvieh und 473 Käber, zusammen 2162 Stück, während 928 vorgeschlachtet werden mußten. Insgesamt ist also ein Verlust von 3088 Stück entstanden. In einem einzigen Oberamt!

Ein Heilmittel gegen Maul- und Klauenseuche.

Stuttgart, 29. Juli. Das Ministerium des Innern hat Anweisung zur Ausführung eines Impflocherfahrens gegen Maul- und Klauenseuche gegeben, mit dem in Württemberg inzwischen Versuche auf breiterer Grundlage angestellt worden sind und das nach den bisherigen Erfahrungen geeignet zu sein scheint, die Zahl der Todesfälle infolge tödlicher Maul- und Klauenseuche einzuschränken. Es muß aber bei leicht erkrankten Tieren eingegriffen werden. Das Verfahren ist auch in Bayern erprobt und hat sich dort hervorragend bewährt. Von 800 geimpften Kindern ist nicht ein einziges der Seuche erlegen, während von 50 kontrollierten, aber nicht geimpften Tieren 15 gefallen sind. Zur Herstellung des

Impfstoffes wird Blut von Kindern gebraucht, die die tödliche Form der Seuche vor kurzem überstanden haben. Die Gewinnung des Impfstoffes selbst häufig auf Schwierigkeiten, weil die Besitzer der versuchten Kinder befürchten, daß die Blutentnahme für ihre Tiere mit erheblichem Nachteil verknüpft sei. Eine nachhaltige schädliche Wirkung ist aber ganz ausgeschlossen. Es bedeutet kein Wagnis für den Viehbefizer, wenn er seinen von der Seuche genesenen Kindern einige Liter Blut für Impfwerte entnehmen läßt. Andererseits bringt dieses kleine Opfer dem Viehbefizer selbst Vorteile, wenn dadurch die Zahl der Beschädigungsfälle verringert und Impfstoff für seine erkrankten Tiere zur Verfügung steht. Von amtlicher Seite ergeht daher an alle Besitzer von Vieh die dringende Aufforderung, die Blutentnahme im Interesse der guten Sache auszuführen zu lassen.

Die Reichshultkonferenz gegen den Alkohol.

ep. Eine größere Anzahl angesehener Teilnehmer der Reichshultkonferenz (darunter Dr. Buchenau von der Deutschen Gesellschaft für soz. Pädagogik, Prof. D. v. Harnack, Justizrat Marz, M. d. R., Prof. D. Nierbergall, Prälat D. Schäffl) haben in einer formulierte Erklärung für die künftige Ausbildung sämtlicher Lehrer eine gründliche wissenschaftliche Belehrung über die Alkoholfrage gefordert.

Die Zukunft des Zeppelin-Luftschiffbaus.

Ein Mitglied der Redaktion des Stuttgarter Neuen Tagblatts hatte mit dem kürzlich aus Amerika zurückgekehrten Kommerzienrat Golsman und Dr. Ederer eine Unterredung, in der er näherer Auskunft über die künftige Lage des Zeppelin-Luftschiffbaus erhielt. Die Verwaltung der Delag beschäftigt demnach, die im vorigen Jahr mit so großem rechtlichen Erfolg durchgeführten Fahrten neuer wieder aufzunehmen. Die Entente-Kontrollkommission unterband dies durch einseitig willkürliche Auslegung des Versailler Vertrags. Im Mai ds. J. versagten die Feinde, daß der Fahrtbetrieb solange nicht ausgenommen werden könne, bis die Entschädigung für die 1919 zerstörten Marineluftschiffe festgestellt sei. Später wurde dann bestimmt, daß beide Luftschiffe an die Entente abgeliefert werden müßten. Auch eine der beiden großen Friedrichshafener Hallen, die große Werkhalle, soll abgebrochen werden, weil sie kriegerischen Zwecken nur abgemacht werden könnte. Das bedeutet eine völlige Lahmung des deutschen Luftschiffbaus. Es wird deshalb von der Verwaltung des Luftschiffbaus Zeppelin ein Fabrikbetrieb auf internationaler Grundlage angestrebt und diesbezügliche Verhandlungen mit Holland, Schweden und den Vereinigten Staaten gepflogen. Die Abmachungen in Amerika sind noch nicht zu einem greifbaren Resultat gekommen. Der Wunsch nach einem transatlantischen Luftverkehr ist in weiten Kreisen der amerikanischen Hochfinanz stark ausgeprägt. Alles schiene darauf hinzuweisen, daß der deutsche Luftschiffbau, der Zeppelinbau, ins Ausland getragen werde. Die für die Entente notwendige werdenden Ersatzbauten sorgen zunächst dafür, daß in Friedrichshafen einstuweilen noch weiter gearbeitet wird. Die Zulassung Deutschlands zur internationalen Luftkonvention ist mit allen Mitteln anzustreben.

Lohnbewegung der Holzarbeiter.

Auch die Holzarbeiter sind wieder in eine Lohnbewegung eingetreten; sie verlangen von der Unternehmerschaft unter Hinweis auf den 10prozentigen Steuerabzug und den großen Unterschied zwischen Einkommen und Lebenshaltungskosten einen 20prozentigen Lohnaufschlag.

Schwere Erschütterung im Schwarzwald.

Schöntal, 29. Juli. Gestern Nacht erhielt sich noch in den letzten Monaten jenseits des Rheines das Gerücht, im Schwarzwald ständen schwere Geschäfte, deren Mündungen drohend gegen Strassburg gerichtet seien. Schließlich erkläre denn auch eines Tages bei der zuständigen Stelle in Paris Ruhe ein Kraftwagen, besetzt mit französischen Offizieren. Diese forderten, es möchte ihnen ein deutscher Offizier mitgegeben werden, der die Stelle zeigen solle, wo die Batterien eingebaut seien. Selbstverständlich lag der zuständigen Stelle selbst daran, volle Aufklärung zu erhalten und zu geben, und so erhielt denn ein Offizier den Auftrag, die Franzosen zu begleiten. Diese luden geradwegs nach dem hiesigen Orte, und — man fand auch richtig das Gerücht!! Jedoch klärte sich der Fall anders auf, als die Franzosen erwartet hatten. Die Gemeinde war im Besitz einer österreichisch-ungarischen Nachtbatterie, und der eilfertig herbeigeeilte Bürgermeister des Ortes erklärte ohne weiteres, daß diese Geschäfte seinerzeit bei dem Durchzug ungarischer Truppen von der Gemeinde als Pfand zurückgehalten worden seien, da die Truppe die requirierten Lebensmittel und Vieh nicht bezahlen konnte. Auf die Frage, was die Gemeinde mit den Geschützen anzufangen beabsichtigt habe, antwortete der Bürgermeister, sie habe das Metall in eine Glockengießerei geben wollen zur Herstellung neuer Kirchenglocken, da die Kirche Schöntal's gedringend solcher bedürfe. Damit haben sich die ängstlichen Franzosen wohl beruhigt, denn seither hat man über den Fall nichts mehr gehört.

Handels- und Marktberichte.

Schweinemärkte. Aus dem Schweinemarkt in Tuttlingen waren 110 Milchschweine und 4 Käser zum Verkauf aufgestellt. Für Milchschweine wurden 250—350 M pro Stück bezahlt. Dem Schweinemarkt in Schwäbisch Gmünd waren 62 Stück zugeführt. Zum Preis von 470—585 M pro Paar wurde fast alles verkauft. Der Handel war lebhaft.

Eingefaut.

Zu dem Gemeinderatsbeschlusse — siehe Gesellschaften von gestern — über die Pflicht zur Reißabnahme bei Zuteilung von Meterholz wird öffentlich angefragt, ob dann auch die Bürgerpflicht davon geschützt wird, daß nicht wie dieses Jahr halboverhautes Reiß abgenommen werden muß und daß zwischen den einzelnen Reißlosigkeiten nicht so gewaltige Qualitätsunterschiede bestehen. Auch wäre zu bedenken, daß mancher Einwohner keinen Platz hat, um Reiß aufzubewahren. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Reißstücken sind so groß, daß z. B. 100 Wellen mit 10—15 M höherem Aufschlag den 3—4fachen Holzansatz der nieder bewerteten liefern. Sicher wäre es auch eine gerechtere Verteilung gewesen, wenn denjenigen Haushaltungen, welche voriges und dieses Jahr

kein Buchholz zugewiesen erhielten, wenigstens dieses Jahr Buchholz zugewiesen worden wäre.

Legte Nachrichten.

Amerika und Wir.

Berlin, 30. Juli. Einer Meldung des B.V.N. zufolge berichtet die Voss. Ztg., daß amerikanische Finanzleute bereit sind, Deutschland die Wechsel die es zur Deckung der ihm durch die Kohlenabmachung vorgeschriebenen Summen unterzeichnet hat, zu bieten und erwarten von den getroffenen Abmachungen, daß dadurch von den Fabrikarbeitern den Bedürfnissen der Bewohnern an Rohlen Genüge geleistet wird.

Solidarität der englischen Soldaten mit den deutschen Arbeitern.

Berlin, 30. Juli. Wie die „Voss. Ztg.“ aus Danzig meldet, wollten die auf dem Heumarkt demonstrierenden Arbeiter den Versuch machen, nach dem Gefängnis vorzudringen, um eine dort befindliche Abteilung von 40 Engländern zu befreien. Diese Abteilung hatte nämlich das im Hafen liegende polnische Munitionsschiff, dessen Entladung die Hafenarbeiter verweigert hatten, entladen sollen. Die Engländer hatten jedoch diesen Dienst verweigert und wurden dadurch in das Gefängnis der Stadt überführt.

Danzig, 29. Juli. Am 29. Juli um heute nachmittag auf dem Heumarkt abgehaltenen Demonstrationssammlung kam es zu schweren Ausschreitungen vor dem Regierungsgebäude. Der in diesem Gebäude an einer Sitzung des Staatsrats teilnehmende Oberbürgermeister Sahm wurde gewaltsam aus der Sitzung heraufgeholt, um zu der aufgeregten Menge zu sprechen. Als der Oberbürgermeister vor der Menge erschien, drangen viele auf ihn ein und mißhandelten ihn schwer. Er wurde angepöbeln und von Vielen, die ihn erreichen konnten, ins Gesicht geschlagen. Der Oberbürgermeister mußte von der Treppe des Landeshauses aus der Menge verschämen, daß er sich für die Erfüllung ihrer Forderungen einsetzen werde. Beim Abzug der Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr, die eine nach dem Gefängnis führende Straße absperrte, da laut geworden war, daß eine gewaltsame Befreiung der politischen Gefangenen beabsichtigt sei. Durch Maschinengewehrfeuer wurde ein Arbeiter getötet und mehrere verlegt.

Die Eröffnung der internationalen Flugverbindung.

Berlin, 29. Juli. Am 3. August wird unter dem Namen Europa-Roadwestflug die erste internationale Flugverbindung zwischen Schweden, Dänemark, Deutschland, Holland und England eröffnet. Die Flugstrecke beginnt in Kopenhagen bzw. Malinö und führt über Warnemünde, Hamburg, Bremen, Amsterdam nach London und zurück. Als Anmelde- und Auskunftstellen in Deutschland gelten die Agenturen der Hamburg-Amerika-Linie. Es wird zunächst in jeder Richtung dreimal wöchentlich geflogen. Die Flugzeuge nehmen Personen und Güter mit. Es ist möglich, 8 Uhr morgens Kopenhagen zu verlassen und um 7 Uhr abends in Amsterdam einzutreffen, ebenso umgekehrt. Hierbei werden als Zwischenstationen Warnemünde, Hamburg und Bremen berührt. Am Morgen nach der Ankunft in Amsterdam kann man nach London weiter fliegen, das man in drei Stunden erreicht.

Der Genfer Kongreß der Bergleute.

Genf, 30. Juli. Der Zentralausschuß der Bergleute ist vollständig in Genf eingetroffen. Der Kongreß wird Montag eröffnet werden. Am Donnerstag wurde der Ausschuß vom Genfer Stadtpräsidenten empfangen. Heute wird der Ausschuß eine Sitzung abhalten.

Berlin. Einer Meldung des „Berliner Tagblatts“ zufolge haben sich zur Teilnahme an der am Montag beginnenden internationalen Bergarbeiterkonferenz bisher 70 Engländer, 35 Deutsche, 25 Franzosen, 15 Belgier, 1 Oesterreicher und ein Ungar angemeldet. Auf der Tagesordnung steht die von den Engländern vorgeschlagene Nationalisierung der Bergwerke in allen Staaten und die zwei deutschen Vorschläge, nämlich internationale Verteilung der Kohlen und Einführung des Sechsstundentags.

Die Einberufung der englischen Offiziere.

Amsterdam, 29. Juli. Die englische Regierung hat laut „Allgemein Handelsblatt“ eine Anzahl ehemaliger Offiziere zur Dienstleistung in Irland unter die Waffen gerufen. — In West-Cork ist wieder ein Polizeibeamter erschossen worden. In Glorakley streikten die über die Ernennung eines Beamten erbitterten Polizisten das Rathaus in Brand. Als die Flammen durch die Bemühungen der Bevölkerung gelöscht wurden zerstörten die Polizisten des Janete es Gebäudes vollständig. Am Dienstag ist ein Bataillon Jäger von Aldershot nach Irland abgegangen.

Das Käse der Truppentransporte.

Berlin, 29. Juli. Zu den zahlreichen die Bevölkerung beunruhigenden Gerüchten über die Besäuerung von Truppen und Kampfmitteln der Entente auf deutschen Eisenbahnen, die im Kriege Polens gegen Sowjetrußland verwendet werden sollen, erzählt das W. V. von zuständiger Seite folgendes: Es gehen regelmäßig Nachschube und Abschube zu und von den in den Abstimmungsgebieten Ostpreußens, Westpreußens und Oberschlesiens stationierten Besatzungstruppen. Entsprechend verkehren regelmäßig Nachschube über dieselben Strecken. Diese Transporte dienen lediglich dem Zweck, die Besatzungstruppen abzulösen und mit Material zu versehen und werden daraufhin von den zuständigen deutschen Stellen regelmäßig kontrolliert. Die Transporte erfolgen durchwegs in Uebereinstimmung mit der Ausführung des Friedensvertrags hinsichtlich der östlichen Abstimmungsgebiete und zwar bereits seit Monaten. Sie stehen in keiner Beziehung zu den polnisch-russischen Kriegshandlungen und können daher nicht im geringsten die von der deutschen Regierung erklärte Neutralität beeinträchtigen.

Die Enthebung Fischers beantragt.

Wien, 30. Juli. Nach einer Meldung des Wiener Korrespondenten ist gegen den Arbeiterführer Fischer, der seinerzeit für Deutschland bestimmtes ungarisches Obst beschlagnahmt ließ, die polizeiliche Untersuchung wegen des Verdachts der Erpressung bzw. der öffentlichen Gewalttätigkeit eingeleitet worden. Die Erhebungen ergaben nämlich, daß Fischer am 14. und 15. Juli für Deutschland bestimmte Obstsendungen

